

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

19.3.1929 (No. 66)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 265
und 264
Postkontokonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger
Chefredakteur
E. Meub,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einsehb. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden u. werden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsversteigerung, Konkursverfahren fällt der Fall die Zeitung verfehlt, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanzeiger für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Pariser Schuldenkonferenz

Die Arbeiten der Sachverständigen

Nachdem der Unterausschuß für die Kapitalbeschaffung für die Zentralbank und der Sachlieferungsausschuß ihre Berichte noch nicht fertigstellen konnten, wurde die Vollsitzung am Montag nach kurzer Dauer auf Mittwoch verlagert. In bezug auf die Zentralbank scheint man sich auf die Bildung nationaler Konsortien, unter Führung der Notenbanken, hin zu orientieren. Man spricht von 100 Mill. Dollar als Kapital für die Bank. Im Laufe dieser Woche wird auch in keinem Kreise über Zahlen gesprochen werden. Deutscherseits wird aber dementiert, daß, wie bereits französische Blätter meldeten, bereits Verhandlungen über die Höhe der Reparationssumme geführt worden seien. Die deutsche Delegation betrete noch immer den Standpunkt, daß Zahlungen über 37 Jahre hinaus nicht in Frage kommen könnten.

In Pariser politischen Kreisen nimmt man an, daß die weiteren Reparationsverhandlungen sehr langsam vor sich gehen werden, so daß eine Entscheidung — wie das auch ursprünglich geglaubt wurde — nicht vor Hochsommer möglich ist.

Die Besprechungen über die Höhe der Reparationen

WTB, Paris, 19. März. (Tel.) „Matin“ glaubt zu wissen, daß die Reparationskonferenz nunmehr die Besprechungen über die Höhe der Reparationszahlungen begonnen habe. Das Verfahren, das hierbei zur Anwendung gebracht werde, sei folgendes:

Dowen D. Young werde in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Konferenz in den kommenden Tagen private Besprechungen mit den alliierten Hauptdelegationen haben, wie er sie bereits in den letzten Tagen gehabt habe. Alsdann werde er die Vorstellungen der Gläubiger ablesen und sich mit Dr. Schacht in Verbindung setzen. Der Gouverneur der Bank von Frankreich, Moreau, habe Dowen D. Young an die Forderungen Frankreichs erinnert und ihn darauf hingewiesen, daß die öffentliche Meinung Frankreichs es auf Grund der bereits gemachten bedeutenden Zugeständnisse ablehnen würde, über 50 Milliarden Franken herunterzugeben. Man werde das Ergebnis dieser Besprechungen nicht vor kommenden Woche erfahren.

WTB, London, 19. März. (Tel.) Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt: Sogar amtliche Kreise in London überlegen nicht ihre schmerzliche Überraschung über die Natur der Vorschläge oder vielmehr Forderungen, die die französischen Delegierten im Reparations-sachverständigenausschuß vorgelegt haben. Diese Forderungen kommen u. a. auf folgendes hinaus:

Eine Milliarde Reichsmark der abgebauten deutschen Annuität soll für die Dauer von 37 Jahren ausschließlich zur Entschädigung für die zerstörten Gebiete Frankreichs, Belgiens und Serbiens bestimmt werden. Die Franzosen sind der Meinung, daß Italiens Ansprüche in dieser Beziehung nur nominell sein können. Dieser Teil der Annuität, an dem das britische Reich keinen Anteil haben sollte, würde Zahlungspriorität, d. h. Vorrang vor anderen Forderungen, genießen. Dieser andere Teil soll für den Dienst der alliierten Kriegsschulden an die Vereinigten Staaten dienen. Auf diesen Teil würde sich die britische Beteiligung beschränken. Vom britischen Geldmarkt würde Beteiligung an der Kommerzialisierung erwartet, aber die Ergebnisse dieser Anleihe würden nahezu ausschließlich Frankreich zugute kommen.

Die französischen Frontkämpfer gegen die Kriegsschuldenabkommen

WTB, Paris, 19. März. (Tel.) Gestern fand in Paris eine Kundgebung der Vereinigungen der ehemaligen Frontkämpfer und Kriegshinterbliebenen gegen die Ratifizierung der französischen Kriegsschuldenabkommen statt. In einer Entschiedenheit werden die Schuldabkommen mit Washington und London als eine 62 Jahre lange Knechtschaft des siegreichen Frankreichs bezeichnet, das gebietet habe, um der Welt den Frieden zu erhalten. Im Namen der Gerechtigkeit würden sich die Versammlungsteilnehmer jeder Regelung widersetzen, die nicht auf folgenden Grundsätzen aufbaut sei:

Die Regelung der Kriegsschulden sei wesentlich ein internationales Problem, das tief in die Wirtschaft sämtlicher Nationen eingreife und von allen im Geiste der Eintracht, der Gerechtigkeit und des Friedens ins Auge gefaßt werden müsse. Frankreich, das in dieser Hinsicht bereits alle nur möglichen Konzessionen gemacht habe, werde und dürfe für die Regelung der Gläubigeransprüche nur die Summen verwenden, die von Deutschland gefordert und von diesem nach gerechter Vergütung der Reparationen auch bezahlt würden.

Revision im Heines-Prozess

WTB, Stettin, 19. März. (Tel.) Im Heines-Prozess ist gegen das Urteil des Stettiner Schwurgerichtes vom 13. März Revision eingelegt worden. Der Staatsanwalt hat Revision beantragt, sowohl in bezug auf Heines, Ottow, Fraebel und Baer, die zu Gefängnisstrafen verurteilt worden sind, als auch bezüglich des Voigt und des Krüger, die freigesprochen wurden. Bei Wandemer, der gleichfalls freigesprochen wurde, hat die Anklagebehörde nach der Urteilsverkündung auf das Rechtsmittel der Revision verzichtet. Die Angeklagten Heines, Ottow, Fraebel und Baer haben durch ihre Verteidiger Revision gegen das Urteil beantragt.

Letzte Nachrichten

Parteien und Etat

Die Steuererhöhung fallen gelassen

M. Berlin, 19. März. (Priv.-Tel.) über die gestrigen Besprechungen des Reichsfinanzministers mit den Parteiführern bzw. den Finanzreferenten der Parteien verlautet im Reichstag, daß kein Resultat erzielt wurde, dagegen seien die Besprechungen zwischen Zentrum, Bayerischer Volkspartei und Sozialdemokraten wesentlich günstiger verlaufen, so daß in politischen Kreisen angenommen wird, daß die Aussichten für die erweiterte Weimarer Koalition erheblich gestiegen sind. Man hat sich gestern im wesentlichen darauf geeinigt, die Steuererhöhung fallen zu lassen, indem man die notwendigen Mittel aus dem Etat vornimmt. Ferner will man durch eine Abänderung des Finanzausgleichs den 120-Millionen-Mißbrauch an den Überweisungen des Reiches an die Länder ausgleichen, um die Bayerische Volkspartei zufriedenzustellen. Man hofft, auf diesem Wege, vielleicht auch unter Unterstützung der Bauernpartei, auch ohne die Deutsche Volkspartei die notwendige Mehrheit für die Verabschiedung des Etats zu bekommen.

Die Situation der Deutschen Volkspartei, in der sich übrigens ziemlich Unerwartung zeigt, ist schwierig, zumal Stresemann unter allen Umständen an der Erledigung des Reparationsproblems beteiligt bleiben will, und er kaum als Radminister, sondern als Mitglied seiner Partei im Kabinett angesehen werden kann. Die Partei steht also vor der Entscheidung, ob sie mit oder ohne Stresemann weiter an den Auseinandersetzungen teilnehmen soll.

Deutschland und der Gaskrieg

Auswärtiger Ausschuß des Reichstags

WTB, Berlin, 19. März. (Tel.) Im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags wurde unter Vorsitz des Abg. Scheidemann (Soz.) zunächst der Gesetzentwurf über das Genfer Protokoll wegen Verbotes des Gaskrieges verhandelt.

Staatssekretär von Schubert vom Auswärtigen Amt wies darauf hin, daß das Protokoll bereits am 17. Juni 1925 von 38 Mächten unterzeichnet worden sei. Ratifiziert sei es bisher von 8 Mächten, darunter von Belgien, Frankreich, Italien und der Sowjetunion. Die Auslegung des Protokolls sei auf deutsche Anregung erfolgt. Das Protokoll sei geeignet, das Mißverständnis zu beseitigen, als ob Deutschland auf dem Gebiete des chemischen Krieges veranlaßt, etwas zu verbergen. Die Reichsregierung lege besonderen Wert darauf, die Ratifizierung noch vor der Tagung der Vorbereitenden Abrüstungskonferenz vorzunehmen, um damit auf einen neuen deutschen Schritt im Sinne der Abrüstung hinzuwirken zu können. Dazu komme, daß die Fragen der Schutzmaßnahmen gegen den Gaskrieg auf einer Ende April in Rom stattfindenden, durch das Internationale Komitee vom Roten Kreuz einberufenen Sachverständigenkonferenz behandelt werden solle. Auch im Hinblick auf diese Konferenz erscheine es nützlich, die Ratifizierung des Protokolls noch vor dem Aufammentritt dieser Konferenz vorzunehmen. Die Ratifizierung werde durchaus nicht hindern, die Frage des Staats- u. Luftschutzes praktisch weiter zu behandeln. Das Auswärtige Amt werde es sich angelegen sein lassen, die internationale Vertiefung dieser Frage, die durch die Arbeiten des Roten Kreuzes in Angriff genommen ist, ihren Gang gehen zu lassen.

In die Erklärungen des Staatssekretärs schloß sich eine Aussprache. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde der Gesetzentwurf über das Genfer Protokoll wegen Verbotes des Gaskrieges vom Auswärtigen Ausschuß angenommen.

Darauf beschäftigte sich der Ausschuß mit den Verhandlungen der letzten Ratifikationen des Völkerverbundes, worüber Staatssekretär von Schubert ein eingehendes Referat erstattete.

Die Maßnahmen für die Landwirtschaft

M. Berlin, 19. März. (Priv.-Tel.) Zu den Fragen der Notlage der Landwirtschaft ist ein Gesetzentwurf vorbereitet worden, der kurz vor der Verabschiedung steht. Da der Reichspräsident persönlich starkes Interesse daran nimmt, hat er für morgen einen Kabinettsrat der Reichsregierung unter Zuziehung der preussischen Staatsregierung zu sich berufen.

Dr. Gehler schwer erkrankt

pr. Berlin, 19. März. (Tel.) Der frühere Reichswehrminister Dr. Gehler war vor einiger Zeit an einer Erkrankung erkrankt, die zu Gelenkrheumatismus geführt hat. Da sein Zustand immer ernster wurde, mußte Dr. Gehler in das St. Moritz-Krankenhaus in Schönenberg gebracht werden. Wenn auch sein Befinden sich bereits bessert, wird er wahrscheinlich noch mindestens drei Wochen im Krankenhaus bleiben müssen.

Staatssekretär Kellogg plant eine europäische Reise, die er einige Zeit nach der Amtübertragung an seinen Nachfolger, Henry Timson, antreten will.

* Ein verheißungsvoller Anfang

Die innerpolitischen Debatten der letzten Zeit haben zweifellos das eine Gute gehabt, daß sie bei allen Parteien den Willen zum Sparen verstärkten. Und heute ist es so, daß eigentlich jede Partei sich offen zur Sparsamkeit bekennt und es für ihre Pflicht hält, mit ganz bestimmten Sparvorschlägen hervorzutreten. Sogar der Reichsregierung und des Reichstags wird es sein, aus diesen mannigfachen Vorschlägen das Beste und Brauchbarste herauszuholen.

Wer die Macht parteipolitisch überzeugungen und Befangenheiten kennt, wird sich nicht darüber wundern, daß die einzelnen Parteien auch bei ihren Sparforderungen das Parteiprogramm berücksichtigt haben. Das bedingt natürlich eine gewisse Verengung. Und am besten wäre es wohl gewesen, wenn jede Partei grundsätzlich erklärt hätte, daß der Etat eines jeden Ministeriums zu recht erheblichen Abstrichen einlädt. Aber, wie gesagt: die Reichsregierung hat ja die beste Gelegenheit, die verschiedenen Anregungen aufzugreifen und zu einem harmonisch wirkenden Kranz zusammenzubinden. Der Verzicht bei einer solchen Tätigkeit kann nur lauten: Gerechte Verteilung auf alle Reichsministerien! Es hat keinen Zweck, bei einer Sparaktion Ausnahmen zu machen. Wenn schon in großem Umfang gespart werden soll, müssen sich alle dieser Forderung unterwerfen.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags hat bei der Beratung des Nachtragetats für 1928 einen recht erfreulichen, praktischen Anfang gemacht. Er hat sich nicht gescheut, wesentliche Abstriche vorzunehmen. So sind die Dienstaufwandsentschädigungen für Staatssekretäre usw. gestrichen worden, und ferner die Ministerialzulagen nach preussischem Muster. Es ist zu hoffen, daß Preußen sich von diesem erfreulichen Beispiel anspornen lassen und auch seinerseits die Ministerialzulagen streichen wird. Denn das ist in der Tat der einzig richtige und vernünftige Weg. Bisher hatten wir den andern Brauch: sowie irgendwo eine nach den lokalen Verhältnissen vielleicht zu verteidigende Erhöhung stattfand, wurde sie automatisch auf alle anderen Teile übertragen. Jetzt wählt man die bessere Methode, indem man vom Standpunkt der Interessen der Allgemeinheit aus den Einzelteil, der gar zu üppig wirtschaften will, ermahnt, und zwar durch gutes Beispiel und guten Rat ermahnt, zur Sparsamkeit zurückzukehren.

Die geplante Änderung der Ministerialverfassung, nach welcher in den Ministerien die Referentenstellen nur durch Ministerialräte besetzt werden sollen — was natürlich Ministerialaufgaben bedingt —, wurde gleichfalls abgelehnt. Und dann hat man auch dem Minister des Auswärtigen seine Dienstaufwandsentschädigungen auf das Normalmaß von 4800 M herabgesetzt.

Im Etat des Auswärtigen Amtes wurden drei neue Posten (für Argentinien, Brasilien und Chile) abgelehnt, und bei der Bauhaushälfte für die Befolgung der Auslandsbeamten wurden 1,2 Millionen gestrichen.

Beim Ministerium des Innern wurden neu angeforderte Ministerialdirektorenstellen gestrichen, und ähnliche Kürzungen fanden auch bei den anderen Ressorts statt. Alle diese Beschlüsse haben im ganzen eine rechnerische Ersparnis von 8,3 Millionen Reichsmark ergeben. Das ergibt eine faktische Kürzung um 3,3 Millionen Reichsmark.

An und für sich ist das nicht sehr viel. Aber es ist wenigstens etwas und bedeutet einen Anfang, die Umkehrung von Worten in die Tat. Beharrt man auf diesem Weg, und schließt sich der Reichstag mit seinen Mehrheiten dieser Tendenz an, so wird zweifellos im ganzen eine sehr stattliche Summe im Etat für 1929 gespart werden können.

Der preussische Ministerpräsident Otto Braun ist Montag abend nach Ascona abgereist. Er plant, sich mehrere Wochen zur Erholung in der Schweiz aufzuhalten.

Professor Helmolt †. Prof. Dr. phil. Hans Helmolt, der sich als Historiker und Journalist einen Namen gemacht hat, starb in Berlin im Alter von 64 Jahren. Helmolt war zwölf Jahre hindurch Verlagsredakteur des bibliographischen Instituts in Leipzig und wurde vor allem durch seine Weltgeschichte bekannt. Später wirkte er als politischer Redakteur an den „Münchener Neuesten Nachrichten“ und an der „Weserzeitung“. Während des Krieges wurde er als Presseschef in das Reichsamt des Innern berufen, leitete dann die Presseabteilung der Deutschen Werke und wurde schließlich Chefredakteur der „Frankfurter Nachrichten“. Von dort aus führte ihn seine journalistische Tätigkeit nach Berlin zurück, wo er in die Redaktion des „Berliner Westens“ eintrat, dessen politisches Ressort er bis zuletzt leitete.

Aus dem Reichstag

Kredite für den Kleinwohnungsbau — Der Nachtragsetat für 1928

Im Reichstag wurde am Montag zunächst das Baukreditgesetz für 1929 angenommen, durch das 250 Millionen Reichsmark als Reichsbürgschaft für Zwischenkredite zum Kleinwohnungsbau zur Verfügung gestellt werden.

In der Aussprache gab es eine lebhaft ausgeführte Auseinandersetzung zwischen der Wirtschaftspartei und den übrigen Parteien. Die Wirtschaftspartei hatte beantragt, daß das private Baugewerbe zu 50 Proz. an den Zwischenkrediten beteiligt sein solle. Von den übrigen Parteien und auch vom Reichsarbeitsminister Wiffel wurde dem entgegengehalten, daß der Anteil des privaten Baugewerbes weit höher sei als 50 Proz. An Stelle des wirtschaftsparteilichen Antrages wurde ein Antrag der Deutschnationalen angenommen, der eine tunlichst weitgehende Berücksichtigung des privaten Baugewerbes fordert.

Dann kam der Nachtragsetat für 1928 zur zweiten Beratung. Er umfaßt im wesentlichen nur Personalfragen. Der Ausschuss hat der von ihm in verschiedenen Punkten geänderten Vorlage eine ganze Reihe von Entscheidungen mit auf den Weg gegeben, in denen u. a. Einsparungen in den höheren Stellen verlangt werden.

In der Aussprache wurde von den Rednern der Sozialdemokraten und der Demokraten in scharfer Weise die Verteilung des Geldes verurteilt, daß zur Deckung des Reichsdefizits eine Kürzung der Beamtgehälter beabsichtigt sei. Eine solche Absicht werde sich nie verwirklichen lassen. Im Gegenteil sei es notwendig, die Härten und Ungerechtigkeiten der bestehenden Besoldungsordnung auszugleichen im Interesse der unteren und mittleren Beamten. Für einen solchen Ausgleich sprachen auch die Redner der Deutschnationalen und Kommunisten. Vom Zentrum wurde die Verlängerung der Bestimmungen der Personalabbauverordnung über die weiblichen Beamten gefordert, während Sozialdemokraten und Demokraten verlangten, daß die weiblichen Angestellten hinsichtlich der Überführung in Beamtenstellen ebenso behandelt würden wie die männlichen Angestellten des Reiches.

Am Dienstag um 8 Uhr soll die Beratung fortgesetzt werden.

Zu der Montagtagung wurde auch der bei der Etablierung für 1929 von den Nationalsozialisten gegen den Reichsinnenminister Severing eingebrachte Misstrauensantrag zur Abstimmung gebracht. Der Antrag wurde bei Stimmenthaltung der Kommunisten und der Wirtschaftspartei mit 229 gegen 69 Stimmen der Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Christlich-Nationalen abgelehnt.

Die deutsch-litauischen Verträge und Abkommen wurden ohne Aussprache dem auswärtigen Ausschuss überwiesen.

Amerika und der internationale Gerichtshof

Das Juristentomtee in Genf hat am Montag einstimmig den Entwurf des im Hinblick auf den erwarteten Beitritt der Vereinigten Staaten zum Ständigen Internationalen Gerichtshof revidierten Zusatzprotokolls über die fünf amerikanischen Vorbehalte angenommen. Das abgeänderte Zusatzprotokoll wird nunmehr dem Völkerbundrat zugehen, der es in seiner nächsten Tagung an die Signatarstaaten des Haager Statuts weiterleiten wird, worauf die nächste Völkerbundversammlung endgültig darüber zu befinden hat. Es wird versichert, daß nach den letzten Nachrichten, die der amerikanische Vertreter erhalten hat, die jetzige Formulierung des Zusatzprotokolls den Beitritt der Vereinigten Staaten zum Haager Gerichtshof ermöglichen wird.

Erneute Lohnverhandlungen bei der Reichsbahn

Zwischen der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft und den Gewerkschaften fanden am Montag Verhandlungen über die Erhöhung des Lohnes statt. Zu einer längeren Begründung der Ablehnung einer Lohnverhöhung machten die Vertreter der Reichsbahnverwaltung den Vorschlag einer neuen Vereinbarung, wonach die bisherigen Lohnsätze unflexibel bis zum 31. März 1930 gelten sollen. Dieser Vorschlag wurde von den Vertretern der Gewerkschaften als vollständig undiskutabel bezeichnet. Da die Vertreter der Reichsbahn über weitere Vollmachten nicht verfügten, verlangten die Gewerkschaften eine weitere Verhandlung mit dem Generaldirektor.

Stahlhelmkundgebung in Stuttgart

Am Samstag und Sonntag hielt der Stahlhelm eine Kundgebung in Stuttgart ab, wozu sich u. a. die Prinzen August Wilhelm und Wilhelm von Preußen eingefunden hatten. Die Beteiligung war nicht sehr stark. Am Samstagabend fand ein Umzug statt, den die Kommunisten begleiteten und durch Zurufe, Pfeifen, Hohn und Abhingen der Internationale zu stören versuchten. Bei einem Festakt in der Lieberhalle sprach der Bundesführer Selbe, wobei er sagte, daß der Stahlhelm nicht durch Rufe, sondern nur auf legitimen Wege die Macht im Staate an sich reißen wolle. — Am Sonntagvormittag zog der Stahlhelm, insgesamt etwa 500 Mann, mit Musik und Fahnen durch verschiedene Straßen. In den Arbeitervierteln wurde der Zug wiederum mit großem Geschrei und Lärm empfangen, der oft die Musikkapellen überdeckte. Die Polizei mußte mehrmals mit dem Gummistock die Menge zurückdrängen.

Großadmiral von Tirpitz, der seit Kriegsende in St. Klotten lebt, feiert am heutigen 19. März auf seiner Besitzung in Feldafing bei München seinen 80. Geburtstag. 1897 erfolgte seine Ernennung zum Staatssekretär des Reichsmarineamts, 1898 jene zum preussischen Minister. 1916 schied er wegen der Differenzen über die Durchführung des uneingeschränkten U-Bootkrieges aus dem Heredienst. Der Reichspräsident hat dem Großadmiral in einem persönlichen Handschreiben herzliche Glückwünsche übermittelt. Auch der Reichswehrminister und der bayerische Ministerpräsident haben ihre Glückwünsche ausgesprochen.

Der Nachfolger Bunkes. Die für die Fortführung der Strafrechtsreform so wichtige Frage, wer an die Stelle des zum Reichsgerichtspräsidenten ernannten Ministerialdirektors Bunkes tritt, ist jetzt durch die Berufung des Ministerialdirektors im preussischen Justizministerium, Ernst Schäfer, zum Ministerialdirektor ins Reichsjustizministerium gelöst worden. Schäfer wird dort nach Bunkes' Ausscheiden die Strafabteilung übernehmen.

Eine englische Stimme über Oberschlesien. „Manchester Guardian“ sagt in einem Leitartikel: Die Wahrheit über Oberschlesien ist sehr einfach. Die Deutschen auf der polnischen Seite werden nicht unterdrückt. Alle das Gegenteil behauptende Propaganda in Warschau, Paris und Genf, und bedauerlicherweise auch in London hat kein anderes Ziel, als diese Wahrheit zu verbergen, die für jeden erkennbar ist, der wirkliche Einblick in die jetzige Lage Oberschlesiens besitzt.

Die Mittelmeerfahrt des „Graf Zeppelin“. Bis jetzt haben Rumänien, Südbanien, Italien, Frankreich, Palästina und die Türkei die Bewilligung zu dem Mittelmeer-Zeppelinflug erteilt.

Aus den Ländern

Im Braunschweig, Selbsthändigkeit

W. W. Braunschweig, 19. März. (Tel.) In der gestrigen Sitzung des Haushaltsausschusses des Braunschweigischen Landtags wurde die Frage der Verwaltungsreform und der Erhaltung der Selbsthändigkeit des Freistaates Braunschweig im Anschluß an Anträge der Deutschnationalen und der Demokraten behandelt. Der Antrag der Deutschnationalen, sofort in Anschließungsverhandlungen mit Preußen einzutreten, wurde von der Linken abgelehnt. Dem gleichen Schicksal verfiel der andere Antrag, Braunschweig solle Reichsland werden. Dagegen wurde vom Ausschuss der Antrag der Deutschen Volkspartei einstimmig angenommen, das Staatsministerium zu beauftragen, die im Reich seit Jahresfrist angebahnten Bestrebungen auf eine Neuordnung des staatsrechtlichen Verhältnisses zwischen Reich und Ländern, mit allen Mitteln nachdrücklich zu fördern.

Anschlußbestrebungen in Thüringen

Auch in Thüringen ist die Finanzlage sehr schwierig, was die Propagierung des Gedankens einer Anlehnung Thüringens an ein stärkeres Nachbarland zur Folge hatte. Die Meinung, welches Land in Frage käme, ist allerdings gespalten. Die eine Gruppe, als deren Führer man den Ministerialdirektor Dr. Zahn (Demokrat) ansprechen kann, propagiert den engsten Anschluß an Sachsen. Im vorigen Jahre wurden bereits Verhandlungen mit Sachsen über den Abschluß von Verwaltungsgemeinschaften geführt. Die damals von den Unterhändlern vorgeschlagene Verbindung war jedoch so eng, daß sie einem Zusammenschluß der beiden Länder gleichkam. Sie wurde seinerzeit fast einstimmig in der Thüringer Öffentlichkeit abgelehnt. Propagiert wird der Gedanke eines Anschlusses an Sachsen heute noch von Teilen Ostthüringens, das wirtschaftlich eng mit Sachsen verbunden ist (Textilindustrie). Stärker als diese Gruppe ist eine zweite, die eine Anlehnung an Preußen wünscht. Ihr Führer ist der Jenauer Staatsrechtslehrer, Prof. Dr. Koellreuter. Unterstellt wird diese Richtung hauptsächlich von Süd- und Westthüringen, die überall an preussisches Gebiet angrenzen.

Diese beiden Gruppen steht aber eine dritte Gruppe als weitaus härteste gegenüber. Sie ist der Ansicht, daß zunächst die Reichsreform abgewartet werden muß. Erst dann wird sich zeigen, ob für das starke Deutsche Reich der Zukunft die Bildung eines Landes Mitteldeutschland vorteilhafter ist, als ein Anschluß an Preußen. Diese Ansicht ist die herrschende, und auch Regierung und Parteien des Landes scheinen sich zu ihr zu bekennen.

Die preussische Grundvermögensteuer

Wie der „Dem. Tagb.“ erfährt, ist zwischen den Koalitionsparteien im Preussischen Landtag eine Verständigung über die Verlängerung der Grundvermögensteuer erfolgt. Für die Beratung des Grundvermögensteuergesetzes im Plenum haben die Regierungsparteien ein einheitliches Vorgehen beschlossen, wonach die Einheitswerte für den landwirtschaftlichen Grundbesitz eingeführt werden, die in der Regierungsvorlage vorgesehene Staffel aber abgelehnt wird.

Die städtischen Haushaltpläne

Hoffnungen auf den Finanzausgleich

In den meisten deutschen Gemeinden werden die Haushaltpläne für das Jahr 1929 mit vollem Recht als Nothaushaltpläne bezeichnet werden können. Was das zu bedeuten hat, und warum diese Bezeichnung begründet ist, darüber hat der Finanzdeputierte der Stadt Köln vor der Stadtverordnetenversammlung sehr interessante und treffende Ausführungen gemacht, die wohl für alle deutschen Gemeinden ungefähr in gleicher Weise, wie für die Stadt Köln, zutreffen.

Er begründete nämlich die Bezeichnung „Nothaushaltplan“ damit, daß bei der Aufstellung dieses Planes eine Reihe von Grundbesitz geordneter Haushaltsführung von vornherein außer acht gelassen werden mußte. Wenn z. B. regelmäßig wiederkehrende Ausgaben für Schul- und Straßenbauten auf dem Weg der Anleihe bewirkt worden sind, so sei das auf die Dauer schon darum unmöglich, weil es in wenigen Jahren dazu führen müsse, die Ausgaben für den Kapitaldienst der Anleihen auf dieselbe Höhe zu schrauben, die heute die unmittelbare Deduktion der entstehenden Aufwände verursacht hätte. Mit anderen Worten: die Ausgaben für Verzinsung und Tilgung würden in einigen Jahren höher sein als die Summen, die man heute als unmittelbare Ausgaben in den Haushaltplan einzusetzen sich scheut. Ein Etat, der nur dadurch ins Gleichgewicht gebracht werden kann, daß auf dieser Weise die Ausgabenentlastet wird, ist in der Tat im günstigsten Falle als ein Nothaushaltplan anzusehen.

Warum aber, so führte der Kölner Beigeordnete Suth weiter aus, stellt eine städtische Verwaltung einen solchen Haushaltplan auf, der nach eigenem Zugeständnis mit den Regeln einer vorläufigen Wirtschaftsführung nicht vereinbar ist? Er begründete das damit, daß sowohl im Reich wie in den Ländern seit Kriegsende der Lastenausgleich immer nur durch Provisorien aufgebracht werden sei, die auf den heute keineswegs mehr zutreffenden Verhältnissen von Jahre 1911 beruhen. Die Städte hoffen nun, daß spätestens bis zum 1. April 1930 eine Neuordnung vorgenommen werden wird, durch die endgültige Lastenverteilungen vorgenommen werden, die es jeder Stadtverwaltung möglich machen, zu wissen, mit welchen Einnahmen sie wirtschaften kann. Wenn die Stadtverwaltungen auch im allgemeinen die Hoffnung, daß ihre Interessen beim endgültigen Finanzausgleich besser als bisher berücksichtigt werden, nicht allzu hoch spannen, so werden sie doch von 1930 ab wenigstens mit endgültigen und festen Einnahmen rechnen können. Erst dann wird es möglich sein, die Nothaushaltpläne wieder zu normalen Dauerhaushaltplänen umzugestalten.

Umbau des Luftschiffes „Graf Zeppelin“

Die Überholungsarbeiten an dem Luftschiff „Graf Zeppelin“ werden in Friedrichshafen in diesen Tagen zu Ende geführt. Für die Erfordernisse des Schiffes bei großer Fahrt, wie die Bedürfnisse der Besatzungsmannschaft bei langen Streckenflügen, sind im Verlaufe dieser Arbeiten verschiedene Umbauten im Innern des Schiffskörpers vorgenommen worden. So sind in der ganzen vorderen Hälfte des Schiffes über der Passagierunterkunft 15 getaktete Räume zu je zwei Betten, sowie 8 lombinierte Gängermattenstrahlröhren neu eingebaut worden. Von der Röhre ist ein Speisefaufzug für das Mannschiffsessen zu dem Laufgang durchgebaut worden. Durch eine neue Leitung wird das Spülwasser der Röhre und des Mannschiffsplatzraums in einen besonderen Wasserbehälter gesammelt und während der Fahrt abgelassen oder als Ballast zum Auswiegen des Schiffes benutzt. Auch eine neuartige Abwässerung für Abfälle ist eingebaut worden. Schließlich hat das Luftschiff neben der Mitte des Laufgangs noch eine Becken mit Sehraubstod und eine kleine Elektrowerkstatt erhalten. Der Aufstieg zur Mittelmeerfahrt soll, wie schon berichtet, am 25. März erfolgen.

Italien im Zeichen der Wahlen

W. W. Rom, 19. März. (Tel.) Die Vorbereitungen zu dem am nächsten Sonntag stattfindenden Kammerwahlen tragen nicht den Charakter eines Wahlkampfes, sondern bestehen lediglich in einer offiziellen Werbetätigkeit dafür, daß am 24. März möglichst viele Wähler an die Urne treten, um für die Liste der 400 Regierungskandidaten zu stimmen. Alle Kandidaten haben sich in ihre Heimatbezirke begeben, um dort für rege Wahlbeteiligung Propaganda zu machen. Dem gleichen Zweck dienen die seit Wochen von den Blättern veröffentlichten Leitartikel, die unter dem Gesichtspunkt der von den einzelnen Zeitungen vertretenen engeren Interessen, die Leistungen des faschistischen Regimes auf politischem, kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet würdigen. Dadurch, daß der 10. Jahresstag der Gründung der italienischen Partei auf den Vorabend des Wahlsonntages fällt, bietet sich für die Regierung ein willkommener Anlaß, der Wahlpropaganda durch festliche Veranstaltungen großen Stils einen besonders wirkungsvollen Abschluß zu geben.

Die Zentralkommission der Aktion cattolica hat unter dem Vorsitz von Msgr. Ricardo, des päpstlichen Unterstaatssekretärs, eine Sitzung abgehalten, in der eine Tagesordnung gefaßt wurde, welche sämtliche Katholiken daran erinnert, daß sie ihrer Wahlspflicht zu genügen haben, um den Vaterlandstragen in der Kammer zur Annahme zu verhelfen.

Kurze Nachrichten

Keine Kürzung der Beamtgehälter. Die von einem Berliner Blatt gebrachte Meldung, wonach zwei führende Mitglieder des Zentrums beim Reichstanzler angeregt hätten, zur eventuellen Vereinfachung des Defizits des Reichshaushalts die Beamtgehälter um mindestens 10 Proz. herabzusetzen, wird als völlig unzutreffend bezeichnet.

Wesfel im Oberbefehl des I. Reichswehr-Gruppenkommandos. Der General der Infanterie von Tschischwitz, Oberbefehlshaber des Gruppenkommandos I, scheidet mit dem 31. März 1929 aus dem Heredienst aus. Als Nachfolger ist vom Reichspräsidenten der Kommandeur der 3. Division und Befehlshaber im Wehrkreis III, Generalleutnant Gasse, mit dem 1. April 1929 zum Oberbefehlshaber der Gruppe I ernannt worden.

Lohnbewegung in der Metallindustrie. Das im Ruppertal bestehende Lohnabkommen in der Metallindustrie ist von den Gewerkschaften zum 1. April gekündigt worden. Es wird eine 10prozentige Lohnerhöhung gefordert. Die Lohnbewegung umfaßt etwa 75 000 Arbeiter. — Die Verhandlungen in der Kölner Metallindustrie und chemischen Industrie sind ergebnislos verlaufen.

Graf zu Stolberg-Bernigerode ermordet

In Jannowitz (Kreis Schönau, Niederschlesien) ist der Graf zu Stolberg-Bernigerode heute, Dienstag, morgen in seinem Schloß ermordet aufgefunden worden. Raubmord liegt anscheinend nicht vor. Die Mordkommission aus Pignitz hat sich an den Leort gegeben.

Am Osthang der Klippe von Felsoland sind in den letzten Tagen erneut Geröllmassen (rund 2400 cbm) ins Meer abgestürzt. Der Bestand der Insel ist durch diesen Abbruch keineswegs gefährdet. Aber wiederum ist die Notwendigkeit der Errichtung einer Schutzmauer erwiesen, die die Geröllmassen auffangen soll, so daß sie überfließen einen Schutz gegen weitere Erosionen bilden können.

Badischer Teil

Ausbau der Angestelltenversicherung

Das Gesetz vom 7. März 1929 bringt zwei wichtige Verbesserungen in der Angestelltenversicherung. Die Wartezeit dauert allgemein nur noch 60 Beitragsmonate. Sind weniger als 30 Beitragsmonate auf Grund der Versicherungspflicht zurückgelegt, so beträgt sie 90 Beitragsmonate. Die Wartezeit für das Ruhegeld männlicher Versichelter betrug bisher in der Regel 120 Beitragsmonate. Ferner wird Ruhegeld beim Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen auch solchen Versicherten gewährt, die das 60. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens einem Jahr ununterbrochen arbeitslos sind. Es wird für die weitere Dauer der Arbeitslosigkeit gezahlt. Besteht ein Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung (versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung, Arbeitslosenunterstützung oder Sonderunterstützung bei beruflicher Arbeitslosigkeit), so beginnt das Ruhegeld frühestens mit dem Wegfall dieses Anspruchs.

Das Gesetz trat am 1. März 1929 in Kraft. Ist ein Antrag auf Leistungen vor dem 1. März 1929 rechtskräftig abgewiesen worden, so ist auf Antrag zu prüfen, ob die Voraussetzungen des neuen Gesetzes für den Berechtigten günstiger sind. Der Antrag kann bis Schluß des Jahres 1930 gestellt werden.

Eine Rede Dr. Köhlers in Tiengen

Am Sonntag sprach Reichsfinanzminister a. D. Dr. Köhler vor dem Zentrum des Bezirks Waldshut. Vemerksenswert war in seiner Rede, daß er mitteilte, daß das Zentrum auch am Reichswehrretat Streichungen vornehme, auch wenn der Minister Groener mit Rücktritt drohe. Durch die Sachverständigenverhandlungen in Paris wollten die Industrie- und Bankgrößen die Finanzdiktatur auf der ganzen Welt errichten. Zum Schluß seiner Ausführungen richtete Dr. Köhler scharfe Angriffe gegen die „Oberbadische Zeitung“, weil diese ihm vorgeworfen hat, daß er seinerzeit bei der Einrichtung seiner Wohnung vom Reich 95 000 Reichsmark genommen habe. Er betonte dazu, die Wohnung sei eben die des Reichsfinanzministers gewesen, und er habe sie nicht mitgenommen, sondern der heutige Reichsfinanzminister wohne darin.

Die Schifffahrt auf dem Neckar

D. J. Heidelberg, 18. März. Nach dem raschen Verlauf der Eisbrecharbeiten in den Seitenarmen ist die Schifffahrt auf dem Neckar wieder möglich geworden. Auch die Kraftwerke sind seit Samstag mittag wieder in Betrieb.

Der große Schaden an Wildbestand im Schwarzwald

W. W. Freiburg, 19. März. Mit der nunmehr hier einsetzenden Schneeschmelze treten die Schäden, die der Frost im Schwarzwald am Wildbestand angerichtet hat, mehr und mehr in Erscheinung. Namentlich unter dem Jungwild hat die Kälteperiode erschreckend aufgeräumt. So wurden u. a. im Offenburger Wald annähernd 100 junge Rehe tot aufgefunden. Im Schluchseegebiet rechnet man in sachmännischen Kreisen mit einem Verlust von etwa 50 Proz. des Wildbestandes. Auch aus vielen anderen Gegenden kommen ähnliche Meldungen, doch sind hier die Ermittlungen noch nicht ganz abgeschlossen.

Elektrizitätswerk Mittelbaden, N.-G. Jahr

Das Geschäftsjahr 1928 brachte eine Vermehrung des Stromverbrauches um rund eine Million Kilowattstunden. Die Abgabe von Strom für Haushaltsapparate ist außerordentlich gestiegen. Der Geschäftsbericht hebt den Abschluß eines Stromlieferungsvertrages mit dem Badenwerk hervor: in den Sommermonaten und während der Nachtzeit wird der Strombedarf nicht mehr selbst erzeugt, sondern von einer in Offenburg durch das Badenwerk zu erbauenden Umspannungsbogen. In den Wintermonaten werden die Kraftwerke in Lahr und Offenburg mit ihrer vollen Leistungsfähigkeit herangezogen. Für diese Zwecke wird das Kraftwerk in Lahr entsprechend erweitert. Außer den beiden bestehenden Hochspannungsleitungen Lahr-Offenburg wird eine dritte Transparenzleitung in Bau genommen. Die Leistungsfähigkeit der Werke in Lahr und Offenburg ist mit insgesamt 4900 Kilowattstunden gleichgeblieben. Die Fernleitungen im Ganauerland und im Nied sind auf 10 000 Volt umgestellt worden. Der Reingewinn beträgt einschließlich eines Vortrages aus 1927 mit 25 699 RM 235 102 RM. Vorgeschlagen wird die Verteilung eines Gewinnanteils von 12 Proz. auf das Aktienkapital von 1,5 Millionen, Zuweisung an den Reservefonds mit 25 000 RM und Vortrag auf neue Rechnung mit 30 102 RM. Die Einnahmen aus der Stromlieferung betragen 1 534 000 Reichsmark, der Nettogewinn aus dem Installationsgeschäft 124 300 RM. Die allgemeinen Kosten beliefen sich auf circa 321 000 RM. Die Instandhaltung der Anlagen und Netze erfordert einen Aufwand von etwa 318 000 RM.

Aus der badischen Industrie

W. Wiesloch, 18. März. Die Tonwarenindustrie Wiesloch hat nach kurzer Unterbrechung, verursacht durch die Witterungsschwierigkeiten, heute den Betrieb in vollem Umfange wieder aufgenommen.

U. Ettlingen, 18. März. In den Textilbetrieben des Altlandes fanden heute die Betriebsratswahlen statt. Die Wahlbeteiligung betrug 92 Prozent. Durch die Verminderung der Belegschaften infolge der Wirtschaftskrise waren 3 Betriebsräte weniger zu wählen; davon mußten die freien Gewerkschaften 2, die christlichen Gewerkschaften einen Vertreter abgeben. Insgesamt erhielten die christlichen Gewerkschaften 14 und die freien Gewerkschaften 10 Sitze.

H. Freiburg, 18. März. In einem Bericht über die Lage des Arbeitsmarktes im Arbeitsnachweisbezirk Freiburg teilt das Arbeitsamt Freiburg u. a. mit, daß eine große Weberlei im Ostal demnächst 500 Arbeiter entlassen wird, da sich wegen der Auslandskonkurrenz große Absatzschwierigkeiten ergeben.

Aus der badischen Landwirtschaft

Einen Fortbildungskurs für Kontrollassistenten hat die Badische Landwirtschaftskammer in Karlsruhe veranstaltet. Der Kurs ist sehr gut angenommen und erfreuen hatte. Auch die Bezirksleiter und Landesökonomieräte waren zahlreich vertreten, und ferner die Vorsitzenden verschiedener Wirtschaftskontrollvereine erschienen. Kammerpräsident Dr. Graf Douglas eröffnete den Lehrgang mit dem Hinweis auf die eminente Bedeutung der Viehzucht und Milchproduktion für unsere gesamte heimische Landwirtschaft, und speziell für die badische. Die Vorträge, gehalten von hervorragenden Fachleuten und Wissenschaftlern, erforderten sich hauptsächlich auf die Fütterungstechnik, die Maßnahmen zur Bekämpfung der Sterilität beim Rindvieh, die sachgemäße Käse- und Jungviehauzucht, sowie den Viehschutz. Sie erweckten das größte Interesse und brachten wertvolle Fingerzeige für die Arbeit der Kontrollassistenten wie für die Tätigkeit zur Förderung der Landwirtschaft überhaupt, soweit sie das ungeheure wichtige Gebiet der Viehzucht und Milchherzeugung umfaßt.

Proteste gegen die Branntweinsteuerveränderung. Sowohl in Endingen wie auch in Bringen fanden Protestversammlungen der Obst- und Kleinrentner des Kaiserstuhls statt. In einer Entschließung wird gefordert, daß die bisherigen Rechte der Klein- und Abfindungsrentner ungeändert erhalten bleiben, und zwar, daß die Brennrechte auf keinen Fall weiter herabgesetzt werden, daß die bestehende Steuerbegünstigung aufrechterhalten und die Ablieferungsmöglichkeit zu lohnenden Abnahmepreisen für Klein- und Abfindungsrentnerien geschaffen wird unter Ablehnung jeder Lieferungsspflicht.

Eine Viehverwertungszentrale für die Baar. Am Sonntag fand in Donaueschingen eine Versammlung der Viehverwertungszentrale Karlsruhe statt. Nach einem Vortrag von Landwirtschaftsrat Leonhard, Karlsruhe, über die von verschiedenen Organisationen geschaffene Viehverwertungszentrale und die gegenüber der Vorkriegszeit vollständig geänderte Marktlage, beschloß man, noch in diesem Jahre in der Baar Vertrauensmänner aufzustellen und mit der Einlieferung der Tiere an die Zentrale zu beginnen. Es wurde zugesagt, daß die Vorarbeiten zur Einführung der Zentrale so beschleunigt werden soll, daß diese im Juli bereits tätig sein kann.

Tagung der Bodenseefischer

In Friedrichshafen fand die Versammlung des Bodenseefischervereins statt, die sehr zahlreich besucht war. Der Vorsitzende, Graf von Orléans, stellte in seinem Jahresbericht fest, daß im vergangenen Jahre keine Maxänen eingeführt werden konnten, dagegen wurden 200 000 Forellenerbrütet und 5000 Fander eingeführt. Über die Maxäneninfektion entspann sich dann eine längere Debatte. Ein Vertreter der Schweiz wünschte, daß in diesem Jahre unbedingt Maxänen eingeführt werden müßten; ein Vertreter von Bayern war gegen eine Einfuhr und ein Vertreter von Württemberg behauptete, daß man durch die Maxänen noch keine sichtbaren Resultate erzielt habe. Es wurde der Beschluß gefaßt, dieses Jahr Maxänen einzuführen. Der Jahresbeitrag wurde von 1 RM auf 4 RM erhöht. Bei dem Bericht über die Anstalt zur Seinforschung in Langenargen und deren Arbeit mit dem Fischereibereich kam zum Ausdruck, daß ein besonderes Zusammenarbeiten mit dem Institut sehr erwünscht wäre.

Tagungen

Am Sonntag hielt in Offenburg der Ortenauer Winzerverein seine 6. jährliche ordentliche Generalversammlung ab. Der Jahresbericht hebt die Einigung in den badischen Winzerorganisationen hervor, kritisiert an der neuen Organisation, daß jede einzelne Ortsgruppe dem Verband direkt unterstehe, im Gegensatz zu früher. Das Weinjahr 1928 könne zu den guten Weinjahren gerechnet werden. Schuld an schlechten Absatz dieser guten Weine sei die übermäßige Einfuhr von Auslandsweinen und übermäßige Streckung der Weine. Strenge Maßnahmen und strenge Kontrolle seien am Werke. Die Lesse müßte unter allen Umständen möglichst weit hinausgeschoben werden. Der Auf einer Weinbauerngemeinde stehe und falle mit dem Beginn der Lesse und dem Anbau der Amerikanertruben. Von der Anpflanzung letzterer sollte abgesehen werden.

Gemeinderundschau

Im Bürgerausschuß Mannheim gab es bei der Vorlage „Erstellung von 100 Einfamilienwohnungen“ eine lebhaft debattierte. Über die Notwendigkeit des Projektes waren sich alle Redner einig, da diese Einfamilienwohnungen dazu beitragen sollen, die vielfach menschenunwürdigen Zustände in den städtischen Wohnbaracken aus der Welt zu schaffen. Nach der Vorlage soll pro Wohnung 4000 RM, im ganzen also 400 000 RM aufgewendet werden, um die Mieten nicht noch höher als auf 30 bis 35 RM festsetzen zu müssen. Nach einem sozialdemokratischen Antrag wurde die Vorlage schließlich mit 48 gegen 47 Stimmen an einen gemischt beratenden Ausschuss verwiesen. Die Erstellung von Einfamilienwohnungen am Neckarkanal erfordert 405 000 RM, die bewilligt wurden.

Gründung einer Bezirksparlaments in Rheinbörsheim. Vor einigen Tagen waren unter dem Vorsitz von Landrat Schindler circa 60 Bürgermeister, Gemeinderäte und sonstige Interessenten der umliegenden Gemeinden in Rheinbörsheim versammelt, um Stellung zu nehmen zur Gründung einer Bezirksparlaments, um der die hiesige Sparkasse ausserhalb ist. Die Versammlung stimmte dem Plane zu. Ein vom Sparkassen- und Giroverband ausgerichteter Säkularisierungsausschuss wird demnächst einberufen werden.

Vom Bezirksamt Mosbach. In Vertretung des in Urlaub gegangenen Landrats Rothmund werden für 14 Tage die Geschäfte von Regierungsrat Schmitt geführt. Ab 18. März wird dieser während der Urlaubsdauer des Ruchener Landrats auch dort die Geschäftsführung übernehmen.

Aus dem Gemeinderat Gengenbach. Der Voranschlag für das Wirtschaftsjahr 1929/30 soll am 5. April dem Bürgerausschuß zur Genehmigung vorgelegt werden. Zur Deckung des ungedeckten Aufwandes ist eine Umlage von 1,08 für Liegenschaftsvermögen, 0,43 für Betriebsvermögen und 8,20 für Gewerbesteuer erforderlich. Das Bürgerausschuß soll vom neuen Schuljahr ab von 24 RM (Kriegenspreis) auf 48 RM erhöht werden.

Die sogenannte alte Kaserne in Kehl, ein Gebäudekomplex von rund 4500 Quadratmeter inmitten der Stadt, ist von der Stadtgemeinde angekauft worden und soll demnächst abgerissen werden. Die alte Kaserne diente in den letzten Jahren des vergangenen Jahrhunderts der vorübergehenden Truppenunterbringung. Später wurde sie zu Wohnungen ausgebaut, ist jedoch jetzt so baufällig geworden, daß sich eine Renovation nicht mehr lohnt. Der Kaufpreis der Stadt beträgt nominell 47 000 Reichsmark. Er erhöht sich durch die Wertzuwachssteuer, die Grunderwerbsteuer und die Kosten auf 53 700 RM.

Bauvorhaben in Singen. An der Ecke der Walter-Mathenau- und Eberhart-Straße in Singen a. O. wird von einer Anzahl Handwerksmeister mit Unterstützung der Stadtgemeinde ein sechsstöckiges Wohnhaus errichtet, das außer verschiedenen Geschäftslotellen 16 Wohnungen enthalten soll. Die Baugesellschaft Breite (Kittlingwerle) beabsichtigt, auf ihrem Baugelände an der Melafinger-Straße den Bau von zwei neuen Häuserblöcken, in denen 21 Wohnungen eingerichtet werden sollen. — Der Gemeinderat beschloß am Donnerstag mit den Vorarbeiten für die Voranschlagsberatungen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird der Voranschlag ohne Erhöhung der Umlage aufgestellt werden können.

Der Stettener Schulhausneubau. Der Bürgerausschuß Vorrath beschloß am Samstag den Schulhausneubau in Stetten, der anlässlich der letzten Bürgerausschußsitzung einer Kritik unterzogen worden war, und kam zu der Überzeugung, daß die Gesamtanlage durchaus zweckmäßig gehalten sei, und daß der Neubau in bezug auf modernen Schulbau in Oberbaden nicht seinesgleichen haben dürfte. Mit dem Bau ist die außerordentlich dringliche Schulraumnot beseitigt worden. Der Neubau ist dreistöckig, die alte Schule ist in ihr baulich eingegliedert worden, eine Turnhalle und ein großer Schulhof bilden das Werk. Daneben ist noch ein Spritzenhaus mit Abzugslum errichtet worden.

Der Stadtrat von Wehr konnte in seiner letzten Sitzung feststellen, daß der Abschluß der Stadtkasse für den 31. Dezember 1928 ergibt, daß der Voranschlag bis jetzt eingehalten werden konnte. In den Kosten für die Verklärung der Wehrbrücke zwischen Wehr und Weil wird sich die Stadt Wehr ebenfalls mit der Stadtgemeinde Weil und der Stadt Basel beteiligen.

Aus der Landeshauptstadt

Luftpost. Auf die in der heutigen Nummer enthaltene Bekanntmachung bezüglich Luftpostverkehr Frankfurt-Mannheim-Karlsruhe-Stuttgart und umgekehrt und die damit verbundene Annahme von Luftpostsendungen sei auch an dieser Stelle aufmerksam gemacht.

Karlsruhe als Fremdenstadt. Letztes Jahr wurde Karlsruhe von 115 705 Fremden besucht, was einen Zuwachs von 6422 Köpfen bedeutet. Man zählte über 10 000 Ausländer, darunter rund 9600 allein aus Europa. Das Jahr 1928 wird als das beste Fremdenjahr seit 1921 bezeichnet.

Badische Lichtspiele — Konserthaus. Nach dem bekannten Roman von George Sand ist „Die ladende Grille“ zu einem prächtigen und auch erfolgreichsten Lustspielfilm bearbeitet worden, der in dieser Woche in den Bad. Lichtspielen zur Aufführung gelangt. Im Mittelpunkt der schönen Romanhandlung steht die kleine Fadedette, genannt die „Grille“. Von den Bewohnern des Dorfes nicht beachtet, verläßt sie ihre Heimat und kommt nach Paris, wo sie durch einen Zufall ihr Glück macht. Neben den Hauptpersonen finden wir im Film den Finanzkönig Rothschild, Chopin mit seiner Geliebten, George Sand, Rossini, Liszt, Heinrich Heine, Paganini u. a. mehr. Die filmtechnische Verarbeitung und dazu die hervorragende Darstellung geben dem Film eine besondere Note. Aus der Reihe der Prominenten greifen wir Eva Maya als ladende Grille, Polette Gilbert, Dagny Servaes, Eugen Klöpfer und Harry Liedtke besonders heraus. — Neben der bildreichen Opulenz des Films ist noch ein Beifilm — ein Volks- und Trachtenfilm aus Holland — zu erwähnen. Einen schönen Rahmen bietet die musikalische Begleitung. Das sehr zahlreiche Publikum war von der ganzen Darbietung höchlichst sehr befriedigt; die Badischen Lichtspiele haben mit dem Hauptfilm einen guten Griff getan.

Filmvortrag „König v. Winterfeld, Berlin.“ Die Doering-Filmwerke, Hannover, haben in Gemeinschaft mit dem Nord. Lloyd unter der Leitung des Obergemeinrats Dreher eine schöne Reise durch das Mittelmeer im Film festgehalten. Dieser Film unter dem Titel „Kreuz und quer durchs Mittelmeer“ hatte am Sonntagmorgen eine große Anziehungskraft ausgeübt. Im Geiste war man Teilnehmer an dieser schönen Fahrt: Portugal — Algier — Italien — Türkei — Palästina — Ägypten. Herrliche Landschaften und die südländischen Menschen mit ihren Sitten und Gebräuchen lernen wir auf der Rundfahrt kennen. König v. Winterfeld war ein guter Begleiter, seine Erläuterungen fanden reichen Beifall. Ein zweiter Film zeigte dem Beschauer in einer Fülle von schönen Aufnahmen Leben und Treiben in Kanada. Diese Darbietung war außerordentlich und auch bezeichnend.

Warenhausdiebstahl. Die Polizei hat drei Ehefrauen verhaftet, die in verschiedenen Geschäften eine Menge Dinge „eingelauft“ hatten, die ihnen nun auf der Wache abgenommen wurden. Bei der Verhaftung durch die weibliche Polizei fand man bei der einen von ihnen noch Strümpfe, die sie unter den Kleidern verborgen hielt. In der Wohnung der Haupttäterin wurden noch zwei Tischdecken, Stoffreste, Damenwäsche, Taschentücher, Wäsche, Futterstoff und Pelzstoff vorgefunden, die ebenfalls von Diebstählen herrühren. Alle drei wurden ins Gefängnis eingeliefert.

Weiternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Die Wetterlage hat sich, abgesehen von einer leichten Ostwärtsverlagerung des europäischen Hochdruckgebietes, nicht wesentlich verändert. Auch bei weiterer Annäherung der ozeanischen Tiefdruckgebiete, die augenblicklich noch immer im hohen Norden vorüberziehen, werden wir daher zunächst das heitere und trockene Wetter behalten. — Wetterausblick für Mittwoch: Fortdauer des bestehenden Witterungscharakters. Tagsüber zunehmende Erwärmung.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	19. März		18. März	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	163.62	168.99	163.64	168.98
Kopenhagen 100 Kr.	112.25	112.47	112.22	112.44
Italien . . . 100 L.	22.05	22.09	22.05	22.09
London . . . 1 Pf.	20.445	20.485	20.439	20.479
New York . . . 1 D.	4.2103	4.2185	4.2103	4.2185
Paris . . . 100 Fr.	16.445	16.485	16.44	16.48
Schweiz . . . 100 Fr.	81.01	81.15	80.99	81.15
Wien 100 Schilling	59.145	59.265	59.14	59.26
Prag . . . 100 Kr.	12.463	12.483	12.463	12.483

Gebrüder Himmelsbach N.-G. l. 2. Der vergangene Montag von der Gläubigerversammlung mit großer Majorität akzeptierte Zwangsvergleich der Gebrüder Himmelsbach N.-G. l. 2. wie aus Freiburg i. Br. gemeldet wird, vom Konkursrichter bestätigt worden.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung.

Die abgeordnete Gemarlung

Thomaswald.

Die zwischen der abgeordneten Gemarlung Thomaswald und der Gemeinde Holzhausen, Amtsbezirk Kehl, abgeschlossene Vereinbarung über die Bereinigung der abgeordneten Gemarlung mit der Gemeinde Holzhausen mit Wirkung vom 1. April 1929 wird staatlich genehmigt.

Karlsruhe, den 14. März 1929.

Der Minister des Innern

J. B. Föhrenbach.

Bekanntmachung

Die abgeordnete Gemarlung Nord-

radach-Graben.

Mit Genehmigung vom 17. Dezember 1928 wurde die Vereinbarung der abgeordneten Gemarlung Nordradach-Graben mit der Gemeinde Nordradach (Amtsbezirk Offenburg) zu einer einfachen Gemeinde mit Wirkung vom 1. April 1929 angeordnet.

Die Anordnung ist rechtskräftig.

Karlsruhe, den 18. März 1929.

Der Minister des Innern

J. B. Föhrenbach.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurrücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:

Bezirksassistentenarzt Dr. Paul Brutsch in Pforzheim zum Medizinrat als Bezirksarzt in Auerlingen; Wachmeister Karl Weiler bei der Landeswetterwarte in Karlsruhe zum Hausmeister beim Gewerbeaufsichtsamt.

Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen:

Gendarmereioberwachmeister Georg Schneider in Gallusgen; Gendarmereioberwachmeister Karl Keller in Eisenbach

Justizministerium

Ernannt:

Amtsgerichtsrat Ludwig Luger in Karlsruhe zum Landgerichtsrat in Konstanz, Staatsanwalt Karl Eifemann in Karlsruhe zum Amtsgerichtsrat daselbst, Gerichtsassessor Anton Genneta in Waldshut zum Staatsanwalt daselbst, Lehrer Max Grether beim Jugendheim Sünnsheim in Sünnsheim zum Amtshauptlehrer daselbst.

Planmäßig angestellt:

Geriatsvollzieher Franz Wolf beim Amtsgericht Wehr

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Ernannt:

Kanzleisekretär Karl Kober im Ministerium des Kultus und Unterrichts zum Kanzleisekretär.

Verliehen:

Dem Privatdozenten an der Universität Freiburg Dr. Georg Stiller die Amtsbezeichnung außerordentlicher Professor für die Dauer seiner Zugehörigkeit zum Lehrkörper der Universität; dem Privatdozenten an der Universität Freiburg Dr. Folkert Willen die Amtsbezeichnung außerordentlicher Professor für die Dauer seiner Zugehörigkeit zum Lehrkörper der Universität.

Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen:

Frau Auguste Spiger, Kanzleisekretärin im Ministerium des Kultus und Unterrichts, wegen leidender Gesundheit.

Seinen Amtspflichten kraft Gesetzes entbunden:

Der ordentliche Professor für praktische Theologie an der Universität Heidelberg, Geh. Kirchenrat Dr. Johannes Bauer, auf 31. März 1929; der ordentliche Professor der Botanik an der Universität Freiburg, Geh. Hofrat Dr. Ottmanns.

Gestorben:

Der ordentliche Professor der Physiologie an der Universität Heidelberg, Dr. August Witter; Otto Ball, Student an der höheren Mädchenschule in Baden-Baden; Gertrud Barth, Fortbildungsschullehrerin an der Mädchenfortbildungsschule in Rastatt.

Die Kanzleisekretärinnen Anna Gurtz beim Landgericht Karlsruhe und Maria Allgeier beim Amtsgericht Lahr.

Kurze Nachrichten aus Baden

Ob. Tauberbischofsheim, 19. März. Beim Postamt Lauda wird am 20. März eine Landkraftpost in Betrieb genommen. In diese werden folgende Landorte — in der Reihenfolge der Fahrt geordnet — einbezogen: Oberlauda, Beckfeld, Kupprichshausen mit Bengentrieden, Buch am Horn, Gräffingen, Wiflingen, Dainbach, Sachsenflur und Beckstein. In Gräffingen wird von dem vorbezeichneten Tage ab eine Poststelle eingerichtet in den übrigen Orten werden die Posthilfsstellen in Poststellen umgewandelt.

Weinheim, 19. März. Gestern abend gegen 20.30 Uhr gerieten die Eheleute Peter Bär in Streit, wobei der Mann mit einem Beil gegen seine Frau vorging. Da sich die Frau eingeschlossen hatte, schlug er die Türe ein. Die Frau entriß dem Manne das Beil und versetzte ihm 8 Schläge auf den Kopf. Im Krankenhaus erlag er heute früh gegen 2 Uhr seinen Verletzungen. Die Frau wurde verhaftet.

W. B. Bregenz, 18. März. Der Aufnahme des Schiffbetriebes zwischen Bregenz und Lindau stellen sich neuerdings Schwierigkeiten entgegen. Die deutsche Schiffsverkehrsverwaltung kann wegen starker Vereisung des deutschen Ufers den vollen

Verkehr noch nicht aufnehmen. Die österreichische Schiffsverkehrsinspektion hat daher die Aufnahme des Verkehrs am Sonntag nicht durchführen können, und die Schiffsahrt Bregenz — Lindau bleibt vorerst gesperrt.

Normung der Vordrucke im Bibliothekswesen. Am 18. Februar trat im Deutschen Normenausschuß der neugegründete Arbeitsausschuß für Vordrucke im Bibliothekswesen unter Führung von Direktor Hlensdahl, Deutsche Bücherei, Leipzig, zum ersten Male zusammen. Das umfangreiche Arbeitsgebiet umfaßt sämtliche Vordrucke, die in wissenschaftlichen Bibliotheken und Volksbüchereien benutzt werden; auch will der Ausschuß bei der Normung der Vordrucke, die im Verkehr zwischen Buchhändlern und Bibliothekern gebraucht werden, mitarbeiten. Zunächst sollen für folgende Vordrucke Vorschläge ausgearbeitet und als Entwürfe der öffentlichen Kritik in den Fachzeitschriften unterbreitet werden: 1. Bestellzettel, 2. Benutzungsarte, 3. Mahnvordrucke, 4. Bürgschaftsformulare.

In der Arena ist es am 18. März zwischen italienischen Truppen und Aufständischen zu schweren Kämpfen gekommen. Die Aufständischen ließen 20 Tote und 80 Verletzte auf dem Kampfplatz zurück. Auch die Italiener hatten schwere Verluste.

Zeitschriftenschau

Königliche Illustrierte Zeitung. Die findige und liebenswürdige Deutsche Reichspost. Diese Überschrift setzt Sie einigermaßen in Erstaunung, nicht wahr? Sie sind gewöhnt, auf die Post wie auf alle ähnlichen gemeinnützigen Einrichtungen zu schimpfen. Zu ihrer Ehrenrettung hat die Königliche Illustrierte Zeitung ein Experiment unternommen, das der vielgescholtenen Post zu hohem Ruhm gereicht. Wie oft haben Sie Sonntags alle Westentaschen vergeblich nach einer Freimarkte abgesehen, und ein Brief war eilig. Die Post weiß den Ausweg: Wenn Sie ein Zehnpfennigstück auf den Brief legen, wird sie es durch eine Absperrungsmarkte ersetzen und den Brief befördern. Aber weit größere Liebesdienste erweist Ihnen die Post. Da hat Ihnen etwa die junge entzückende Dame die Telefonnummer zugesteckt. Schreiben Sie getrost einen Brief an die kleine heimliche Telefonnummer, und auch ihn wird die Post befördern. Sie finden in der Königlichen Illustrierten Zeitung noch mehr dieser interessanten Verweise, dazu die Aufnahmen der Originalbriefe. — Dazu wie immer eine Fülle anziehender Bilderseiten, reichen abwechslungsreichen Beseitigung und die neue Denksportaufgabe „Die Sieben ohne Kopf“.

Luftpost.

Der Luftpostverkehr auf der Fluglinie Nr. 40, Frankfurt (Main) — Mannheim — Karlsruhe — Stuttgart und umgekehrt ist seit 1. März wieder aufgenommen. Seit diesem Zeitpunkt ist die Postanstalt auf dem Flughafen 1/2 Stunde vor dem Abflug, also um 10 Uhr und 14 Uhr 30, für die Annahme von Luftpostsendungen jeder Art geöffnet.

Auskünfte über die Schlußzeiten bei den einzelnen Flügen erteilt das Postamt 2 (Sbhf). Auch an den Luftpostbüros beim Postamt 2 (Sbhf), am Marktplatz (Intern. Apotheke), am Postamt 1 (Kaiserstraße, Hauptpost) und am Flughafen sind Schlußzeiten und Richtung der Flüge nebst Anschlüssen vermerkt. 404

Bekanntmachung!

Gemäß Artikel 40 Abs. 1 des dritten Gesetzes über Änderungen in der Unfallversicherung vom 20. Dezember 1928 (R. G. Bl. I, S. 405) in Verbindung mit Artikel 49 des Einführungsgesetzes zur R. V. O. und unter Hinweis auf die Bekanntmachung des Reichsversicherungsamts vom 7. Februar 1929, letztere veröffentlicht am 23. Februar 1929 im Badischen Staatsanzeiger vom 27. Februar 1929 Nr. 49 werden die Unternehmer der Betriebe, welche der Unfallversicherung neu unterstellt wurden, aufgefordert, die Anmeldung bis zum **15. April 1929 einschließlich** hierher einzureichen. Dabei sind Gegenstand und Art des Unternehmens, sowie die Zahl der durchschnittlich in dem Unternehmen beschäftigten Versicherungspflichtigen anzugeben. Nähere Auskunft erteilt das Bezirksamt, Versicherungsamt (Zimmer Nr. 50). D. 735
Karlsruhe, den 16. März 1929. O. 320
Bezirksamt, Versicherungsamt.

Bekanntmachung.

Die **Zweitteilung des Ehrengerichtschts betr. (Vergl. Bekanntmachung vom 19. Januar 1929).**
Gemäß § 12 der Besch. Ordng. der Badischen Anwaltskammer wird bekannt gegeben, daß der Kammerpräsident in seiner Sitzung vom 16. März 1929 auf Grund der ihm durch a. o. Kammerbeschl. vom 27. Oktober 1928 erteilten Ermächtigung weiter beschlossen hat,
für den Fall, daß die Ersatzrichter der einen Abteilung des Ehrengerichtschts nicht ausreichen, die Ersatzrichter und ordentlichen Richter der anderen Abteilung in umgekehrter Reihenfolge als Stellvertreter für die epteren zu bestimmen.
Die Namen und die Reihenfolge der ordentlichen Richter und der Ersatzrichter der beiden Abteilungen sind in der Bekanntmachung vom 19. Januar 1929 aufgeführt. 405
Karlsruhe, den 16. März 1929.
Der Vorstand der Badischen Anwaltskammer:
Dr. Dieß, Vorsitzender.

Nr. aus den Staatswaldungen Aunwald, Müntel Hörle, Rühberg, Sonnhöhlen, Wahlstein durch das Forstamt. D. 787
Schweibingen. D. 742
Güterrechtsregistereintrag Band 11 Seite 486: Zriebstorn, Karl, Feldhüter in Wrihl, und Frieda geb. Verlinghof, Vertrag vom 5. Februar 1929 — Gütertrennung.
Schweibingen, den 14. März 1929.
Bad. Amtsgericht I.

Do., 21. März, geschlossene Vorstellung: Wilhelm Tell, Hr. 22. März, Der Wildschütz, Sa., 23. März, zum erstenmal: Das Nachfolge-Chessspiel, So., 24. März, Gastspiel des Nationaltheaters Mannheim: Zum erstenmal: Nebulabenezer, No., 25. März, Die große Bekannnkunst. In der Festhalle: 5. Volksinfanterieconcert, Die., 26. März, Hans Hellwig

Colosseum
Monat März täglich 8 Uhr Sonntags 4 u. 8 Uhr
Schmitz-Weißweiler die besten Komiker
Die türkischen Gurken

Verfassungsfeier

aus Anlaß des 10jährigen Bestehens der badischen Verfassung
Donnerstag, den 21. März 1929
abends 8 Uhr

im großen Festhallsaal unter Mitwirkung des Badischen Landestheaterorchesters (Leitung: Generalmusikdirektor Josef Krips)

*

Vortragssfolge

1. Concerto grosso Händel
2. Festansprache:
Landtagspräsident Dr. Baumgartner
3. Deutschlandlied
4. Leonoren-Ouvertüre (Nr. 3) Beethoven

*

Die gesamte Bevölkerung der Landeshauptstadt Karlsruhe wird zur Teilnahme an der Feier eingeladen
Eintritt unentgeltlich

Das Staatsministerium Der Oberbürgermeister

An die verehrliche Einwohnerschaft!

Am Donnerstag, den 21. d. M., werden die staatlichen und städtischen Gebäude aus Anlaß des 10jährigen Bestehens der badischen Verfassung

beflaggt werden.

Sch bitte die Einwohnerschaft, diesem Beispiele zu folgen.
Karlsruhe, den 18. März 1929.

Der Oberbürgermeister.

401
O. 732. Karlsruhe. Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma G. u. K. Beck, G. m. b. H., in Karlsruhe, ist Termin zur Prüfung und Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis, zur Beschlußfassung über die vom früheren Konkursverwalter abgeschlossenen Verträge und ausübte Tätigkeit,

sowie zur Festsetzung der den Konkursverwaltern zu gewährenden Gebühren u. Auslagen bestimmt auf: Mittwoch, den 10. April 1929, vormittags 9 Uhr, vor dem Bad. Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 8, 3. Stock, Zimmer Nr. 240.
Karlsruhe, 18. März 1929.
Geschäftsstelle des Bad. Amtsgerichts A 3.

Forstamt Rotensfeld in Rastatt (Tel. 2014)
Freihändiger Radellangholzverkauf.
Montag, den 25. März 1929, abends 5 Uhr, auf dem Amtszimmer, circa 150 fm, meist Abschnitte, La., Fl., So., Va. Holzverzeichnisse unentgeltl. durch das Forstamt. Angebote in geg. R. G. 27. O. 744

Freihändiger Radellstammholzverkauf.
Forstamt Ettenheim, Montag, 25. März 1929, Freitag nachmittags 4 Uhr. 997 fm Radellstämme und Abschnitte I.—VI. Kl. in 6 Losen, darunter 816 fm Mastenholz. Holzverzeichnisse durch das Forstamt. Zahlungsbedingungen des Staates. Angebote in geg. R. G. 27. O. 745

gen Prozenten der R. G. 1927 für jedes Los. Bindung 5 Tage. O. 743
Eichen- und Föhrenversteigerung.
Bad. Forstamt Oberweiler (Badenweiler), Dienstag, 26. März, 9 1/2 Uhr, Gasth. s. „Wilden Mann“ in Oberweiler: 90 fm Eichen, I.—IV. Kl., 60 fm Föhrenabschnitte, I.—IV.